

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DIE MASSLOSEN

ATOM- UND ENERGIEINITIATIVEN

Presseausschuss, Postfach 1759, 3001 Bern, Tel 031/44 23 64

An die Redaktionen der
Medien der deutschen und
rätoromanischen Schweiz

Bern, 8. August 1984 AS/f10

Sehr geehrte Damen und Herren

Bevor noch die Innenpolitik aus dem Ferienschlaf erwacht, möchten wir Ihnen den siebten Pressedienst unseres Aktionskomitees vorlegen, dessen Beiträge Sie wiederum frei verwenden können.

"Als für Wirtschaft und Umwelt schädlich" bezeichnet der Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich, FDP-Nationalrat Hans Künzi die Atom- und Energieinitiative. Die Schweiz mit ihren beschränkten Ressourcen brauche alle Energieträger, begründet Peter Müller die Ablehnung der Initiativen, die zu einem Energie-Engpass führen. Als schlechte Ratgeber entpuppen sich die Initianten im Lichte internationaler Beurteilung der schweizerischen Energielage. Statt alle Energiequellen zu nutzen, soll gemäss den beiden Volksbegehren auf den Ausbau der Elektrizität verzichtet werden, ohne dass dafür ein Ersatz vorhanden wäre, legt ein dritter Artikel dar.

Wir danken Ihnen für Ihre Mitarbeit und möchten Sie nochmal darauf hinweisen, dass das Schweizerische Aktionskomitee gegen die masslosen Atom- und Energieinitiativen am 20. August zu einer Pressekonferenz nach Zürich (10.15 Uhr im Hotel Zürich) eingeladen hat, wozu auch Sie recht herzlich eingeladen sind.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZ. AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE MASSLOSEN
ATOM- UND ENERGIEINITIATIVEN
i.A. des Presseausschusses

A. Stadelmann
Anton Stadelmann

Beilagen erwähnt

SCHÄDLICH FÜR DIE WIRTSCHAFT UND UNSERE UMWELT

Zur Abstimmung über die Energie-Initiativen

von FDP-Nationalrat Hans Künzi,
Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich

Im Gegensatz zu der ebenfalls am 23. September zur Abstimmung gelangenden vielschichtigen Energieinitiative ist die Atominitiative - oder besser gesagt, die Atomverbotsinitiative - weniger komplex. Sie verbietet schlicht und einfach den Bau weiterer und in zwei bis drei Jahrzehnten auch den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke. Damit soll eine kernkraftwerksfreie Aera eingeleitet werden.

Dies ist meines Erachtens ein höchst fragwürdiges Unterfangen, das uns einer der wichtigsten Optionen einer zukunftsgerichteten Energiepolitik beraubt.

Trotz Sparen steigt Elektrizitätskonsum

Eine wichtige Option ist die Kernenergie für den Fall, dass der Elektrizitätsverbrauch trotz allen Wunschvorstellungen über das Energie- bzw. das Elektrizitätssparen weiterhin ansteigt. Dies ist umso wahrscheinlicher, als ökonomische Untersuchungen der letzten Zeit gezeigt haben, dass der Elektrizitätskonsum selbst dann um 2 bis 2,5 Prozent pro Jahr zunimmt, wenn wir kein Wirtschaftswachstum haben und keine weiteren Elektroheizungen bewilligt werden.

Der Grund liegt darin, dass viele neue Produktionsmethoden der Industrie, der Trend zur Mikroelektronik und - dies sei

besonders betont - gerade die rationelle Energienutzung meist zusätzliche Elektrizität erfordern. Wenn diese zusätzliche Elektrizität nicht mit Kernkraftwerken erzeugt werden kann, verbleibt aber nur die ölthermische Elektrizitätserzeugung. Diese ist mit grossen ökologischen Problemen (CO₂, SO₂) behaftet - und dabei stirbt der Wald schon heute.

Rationierung?

Selbst wenn es gelänge, den Elektrizitätsverbrauch einstweilen zu stabilisieren, würden mit dem Verbot des Ersatzes bestehender Kernkraftanlagen die zukünftigen Probleme unvorstellbar gross werden. Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass nach der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Leibstadt Ende dieses Jahres rund 40 Prozent unserer Elektrizitätserzeugung auf Kernenergie basieren werden. Das heisst, dass der Elektrizitätskonsum der einst innerhalb von ein bis zwei Jahrzehnten um 40 Prozent gesenkt werden müsste. Dies kann nicht mit dem Ausdrehen einiger Glühlampen, sondern nur noch mit drastischen Zwangs- und Rationierungsmassnahmen erreicht werden.

Wir müssen uns bewusst sein, dass dies nicht einfach sein wird. Während die privaten Haushalte (1983) 26 Prozent des Endverbrauchs an Elektrizität beanspruchen, entfallen auf die Industrie 32 Prozent, auf Gewerbe, Dienstleistungen und Landwirtschaft zusammen 36 Prozent und den Verkehr 6 Prozent. Rund drei Viertel der Elektrizität werden also von der Wirtschaft im weitesten Sinne konsumiert. Von dieser eine Abmagerungskur im Ausmass von 40 Prozent zu verlangen, hiesse wohl den Bogen zu überspannen.

Aus Umweltgründen: Nein

Ueberdenkt man alle diese Argumente, so kommt man zum Schluss, dass mit der Energie- und der Atominitiative ein höchst gefährlicher Weg beschritten wird. Statt Marktwirtschaft hiesse es nur noch Interventionen seitens des Staates und statt der umweltfreundlichen, praktisch emissionsfreien Kernenergie bedeutete es vermehrten Rückgriff auf die fossilen Energieträger, die schon heute eine enorme ökologische und sicherheitsmässige Belastung für unser Land bedeuten. Die beiden Initiativen sind deshalb aus energiewirtschaftlichen, wirtschaftlichen, staats-, gesellschafts- und umweltpolitischen Gründen abzulehnen.

VII/8.8.1984

Im Interesse der Versorgungssicherheit

In der Schweiz konnte bisher - abgesehen von temporären Schwierigkeiten (Erdölkrise) - eine ausreichende und im Vergleich zu anderen Ländern preisgünstige Energieversorgung gewährleistet werden. Und dies obwohl - oder trotz - die Energieversorgung nicht staatlich gesteuert ist. Die Sicherstellung der Energieversorgung gelang auch deshalb, weil die Schweiz nicht einseitig auf einen Energieträger baute, sondern diversifizierte.

Gerade die Erdölkrise zeigte aber, dass auch die Schweiz nicht unverletzlich ist. Seit Anfang der siebziger Jahre treten die Risiken der schweizerischen Energieversorgung deutlich zum Vorschein. Versorgungs- und Preisrisiken bestehen vor allem beim Erdöl. Weniger kritisch wird die Situation beim Erdgas und bei der Kohle, zwei weiteren Energieträgern, die importiert werden müssen, beurteilt. Diese Ungewissheiten unterstreichen hinsichtlich Versorgungssicherheit die Bedeutung einheimischer Energieträger.

Ungewissheiten...

Die geographisch einseitige Verteilung sowie die Abhängigkeit von einer politisch unstablen Region sind - verbunden mit Fragen um die künftige preisliche Gestaltung - die wesentlichen Unsicherheitsfaktoren beim Energieträger Erdöl. Deshalb tendiert die schweizerische Energiepolitik dahin, diese Erdölabhängigkeit abzubauen. Bei den übrigen importierten Energieträgern, die zudem nur einen viel kleineren Teil des Bedarfs decken, bestehen wohl auch Risiken, doch kaum so bedrohliche. Die Weltkohlenvorräte reichen noch für Jahrhunderte und sie sind geographisch breit verteilt. Längerfristig kann zudem mit der grosstechnologischen Vergasung der Kohle gerechnet werden, was das Transport-

problem vereinfacht. Damit könnte das Erdgas abgelöst werden, für das Abnahmeverträge mit verschiedenen Staaten bestehen. Die Frage stellt sich jedoch, wieweit sich die Schweiz in diesem Bereich von Lieferanten wie Algerien und der Sowjetunion abhängig machen lassen will.

...und Gewissheiten

Eine Auslandabhängigkeit liegt im Grundsatz auch beim Kernenergiebrennstoff vor. Doch stützt sich diese Versorgung weitgehend auf westliche Industriestaaten und die Grundstoffe lassen sich einfach transportieren und lagern. Bezüglich Versorgungssicherheit besteht die grösste Gewissheit bei den einheimischen Energien (Wasserkraft, Holz und andere regenerierbare Energien). Dabei ist jedoch zu bedenken, dass die Wasserkräfte weitgehend ausgeschöpft sind, der Anteil des Holzes kaum wesentlich aufgestockt werden kann und die Alternativenergien wirtschaftlich noch nicht so entwickelt sind, dass sie einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung leisten können.

Unter diesen Umständen kommt der Kernenergie eine besondere Bedeutung zu. Es wäre deshalb verhängnisvoll, wenn die Schweiz auf diesen Energieträger verzichten wollte. Aber gerade dies visieren die beiden am 23. September zur Abstimmung gelangenden Energie- und Atom-Initiativen an, deren Annahme die Bemühungen um eine Diversifikation der Energieträger sowie eine bessere Risikoverteilung in der Versorgungssicherheit zunichte machen würden. Wie die Erfahrung zeigt, braucht die Schweiz alle Energieträger - sie kann nicht auf einen verzichten.

Peter Müller

Atom- und Energieinitiative:

SCHLECHTE RATGEBER =====

Vor Energie-Engpässen bei einem Anziehen der Wirtschaftskonjunktur warnt die Internationale Energie-Agentur (IEA) in Paris die Industrieländer. Sie fordert daher den Ausbau eigener Energieanlagen und nennt dabei besonders die Förderung der Kohle und der Kernenergie.

Wie wichtig gerade die Elektrizität für eine reibungslos funktionierende Wirtschaft ist, vermag die Verbrauchszunahme an Elektrizität 1983 in der Schweiz aufzuzeigen. Neben grösserer Wohnbautätigkeit, einem kälteren Winter habe vor allem die leichte Belebung der Wirtschaft zu einer Zunahme des Stromverbrauchs von 3,4 Prozent geführt, schreibt das Bundesamt für Energiewirtschaft. Wenn einerseits ein allmähliches Wiedererstarken der Wirtschaft eine wesentliche Zunahme des Stromverbrauchs bewirkt, so kann man aus dieser Tatsache schliessen, dass eine genügende und günstige Stromversorgung für die Wirtschaft wichtig ist und eine gestörte Versorgung mit Elektrizität fatale Folgen haben müsste. So wird auch der Mahnruf der internationalen Energie-Agentur (IEA) verständlich.

Gerade das Gegenteil von dem, was uns die neutralen und unabhängigen Experten der IEA empfehlen, streben die beiden Energieinitiativen an, die am Wochenende vom 23. September bei uns zur Abstimmung gelangen. Mit der Atominitiative soll eine Schweiz ohne Atomstrom angepeilt werden und mit der Energieinitiative statt ein Ausbau der Energiequellen aus Elektrizität deren Behinderung.

Mit Zwangssparen und Zwangszuteilungen sowie massiven neuen Energiesteuern wollen die Kernenergiegegner und die Initianten der beiden Volksbegehren Energiepolitik in der Schweiz betreiben. Für ihre masslosen Vorstösse, die früher oder später zu weitreichenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Veränderungen führen müssten, nehmen sie Schäden für Land und Bevölkerung in Kauf, vor denen uns internationale

Energieexperten warnen. Die Atomverbots- und Energierationierungs-Initiative stammen aus einem Lager, das keine Verantwortung für die Energieversorgung und deren Sicherheit tragen muss. Daher dürfen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die jetzt zum Volksentscheid aufgerufen sind, nicht auf die Initianten hören, die ihre Ansinnen hinter wohltönenden Worten verbergen. Wem die Sicherheit seiner eigenen Energieversorgung, eine wiedererstarke Wirtschaft und die Sicherung seines Arbeitsplatzes sowie unseres gut ausgebauten sozialen Netzes lieb und teuer ist, muss am 23. September zwei entschiedene Nein zur Atom- und Energieinitiative in die Urne legen.

Anton Stadelmann

VII/8.8.1984